

„Der mühsame Kampf für mehr Transparenz“ in La Voix du Luxembourg (21. März 2001)

Legende: Am 21. März 2001 legt die Tageszeitung La Voix du Luxembourg die Bedeutung der Transparenz für den schwedischen Vorsitz im Rat der Europäischen Union dar. Schweden vertritt die Auffassung, dass der freie Zugang der Bürger und der Medien zu den Dokumenten der Gemeinschaftsorgane die demokratische Kontrolle der Arbeit der Union verbessert.

Quelle: La Voix du Luxembourg. 21.03.2001. Luxembourg: saint-paul luxembourg s.a. "Le difficile combat pour la transparence", p. 1.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/der_muhsame_kampf_fur_mehr_transparenz_in_la_voix_du_luxembourg_21_marz_2001-de-7b951afb-163e-466d-a122-898793c31e1f.html



Publication date: 10/08/2016

Der mühsame Kampf für mehr Transparenz

Stockholm (AFP). – Schweden hat die „Transparenz“ zum roten Faden seines Ratsvorsitzes gemacht und befindet sich in einem Wettlauf mit der Zeit, damit der Öffentlichkeit ein Recht auf Zugang zu den Dokumenten der Gemeinschaftsorgane – Rat, Kommission, Parlament – gewährt wird. Ein Zugang, der nach Meinung der Schweden die Europäische Union (EU) ihren Bürgern näher bringt.

Der Vertrag von Amsterdam bestimmt den 1. Mai als den Tag, an dem die neuen Bestimmungen über den Zugang zu Verwaltungsdokumenten der EU und ihre Einsichtnahme in Kraft treten, doch nach Ansicht mehrerer Beobachter stehen die Dinge nicht gut.

„Einige Mitgliedsländer wie Frankreich oder Deutschland finden, wir übertreiben“, erklärt Olle Abrahamsson, Direktor für juristische Angelegenheiten im schwedischen Justizministerium. „Andere wiederum wie Finnland, Dänemark, die Niederlande und Irland unterstützen unser Vorgehen.“

Schweden, das fast so euroskeptisch wie die Briten ist – wie sie kein Mitglied der Währungsunion und sich daher seines begrenzten Einflusses innerhalb der Gemeinschaft der Fünfzehn bewusst – glaubt, dass die Transparenz zu den Themen gehört, die „die Leute berühren“. Und sein bescheidenes und pragmatisches Wesen bringt Schweden dazu, sich für dieses Thema einzusetzen.

Nach dem Willen der Schweden soll der freie Zugang zu den von den Gemeinschaftsorganen ausgearbeiteten Dokumenten den Bürgern und Medien ermöglichen, schon vor der Beschlussfassung über die offiziellen Beschlüsse zu diskutieren; durch ihn soll auch die europäische Verwaltung effizienter arbeiten, da sich die Beamten bei ihrer Arbeit von der Öffentlichkeit kontrolliert wissen. Es geht um eine Stärkung der demokratischen Kontrolle der Arbeit der Union und dies, so meint man im Königreich, verleihe den Entscheidungen der EU mehr Legitimität.

Die laufenden Verhandlungen zwischen der schwedischen Präsidentschaft, dem Rat, der Kommission und dem Parlament, die am 26. März in Brüssel wieder aufgenommen werden sollen, werden jedoch, so Olle Abrahamsson, insbesondere durch „die Behandlung der ‚sensiblen‘ Dokumente, zum Beispiel Dokumente mit Bezug zur NATO oder zur Verteidigung“, behindert. Bremsen würden auch die „Ausnahmefälle, in denen die neuen Bestimmungen nicht anzuwenden sind“, fügt er hinzu.

„Das wird fürchterlich in die Binsen gehen“, meint Alf Lindberg, der das Vorhaben für den Europäischen Journalistenverband verfolgt.

„Die schwedische Präsidentschaft setzt alles daran, eine Einigung zu erzielen, selbst wenn einige Vorschläge des Rates hinter den aktuellen Regelungen zurückbleiben“, urteilt er.

Seiner Meinung nach wäre Schweden gut beraten, die anderen Mitgliedstaaten und den Rat zu überzeugen, dass „die Diskussion in die falsche Richtung läuft“. Schweden könnte sich daher gezwungen sehen, „Belgien zu bitten, die Angelegenheit wieder aufzunehmen“, denkt Agneta Lindblom-Hultén, Vorsitzende der schwedischen Journalistengewerkschaft.

Da sie aus der französischen Präsidentschaft die Lehre gezogen hatte, dass man mit zu vielen Versprechungen in Gefahr läuft, am Tage der Bilanz zu enttäuschen, veröffentlicht die schwedische Präsidentschaft seit dem 1. Januar auf ihrer *Internetseite* den detaillierten Terminplan für die etwa 1 600 Fachsitzungen, die sie am Rande der eigentlichen Ministertagungen organisiert.

Schweden hat sich auch verpflichtet, eine „bislang einmalige“ Menge an Informationen über die anstehenden Arbeiten des Rats beim Europäischen Gipfel in Stockholm zu veröffentlichen. Das Königreich ist außerdem das erste Land der EU, das die Organisationskosten seiner Präsidentschaft veröffentlicht hat (835 Mio. Kronen, ungefähr 94 Mio. Euro).

Schon auf dem Gipfel von Nizza im Dezember hatte Schweden die Transparenz sehr gefördert, als es

insbesondere der Presse die Mobilnummern der hohen europäischen Beamten verteilte. Die Initiative hat den Eurokraten gar nicht gepasst.

In Schweden bestimmt das Grundgesetz, dass alle Dokumente und Informationen, die sich im Besitz des öffentlichen Dienstes befinden, für die Bürger zugänglich sind. Das gilt sogar für die Briefe des Premierministers ...